Nicht auf der Bremse

Die Stadt tritt der Kritik von Umweltschützern entgegen und betont, Klimaneutralität bis 2030 anzustreben

VON JOACHIM ZIESSLER

Wer Regenwasser speichert und damit den Garten bewässert, schont das Grundwasser. Die Stadt Lüneburg sollte die Anschaffung von Zisternen fördern, findet der Umweltausschuss. *Foto: RND/dpa*

Lüneburg. Klimaschutz alleine reicht nicht, man muss auch darüber reden. Das war eine der Botschaften aus der Sitzung des Umweltausschusses des Rats der Stadt Lüneburg am Dienstag. Umweltdezernent Markus Moßmann verwahrte sich gegen Kritik der Initiative „Klimaentscheid Lüneburg", wonach die Stadt nicht das Ziel verfolge, bis 2030 klimaneutral zu werden. „Das Gegenteil ist richtig. Das Jahr 2050 wird im Klimaschutzplan nur noch dort erwähnt, wo es um den bundesdeutschen Plan geht." Oberbürgermeister Ulrich Mädge konkretisierte gegenüber der LZ: „Es gibt einen Ratsbeschluss vom 8. Juni bei drei AfD-Gegenstimmen, der die Stadt auf Klimaneutralität bis 2030 verpflichtet. Und daran hält sich die Verwaltung."

Moßmann attackierte im Ausschuss ebenso Aussagen aus der Initiative, wonach die Umstellung auf erneuerbare Energien bei Strom um Wärme nur auf die Verwaltung abziele. Mädge betonte: „Wir sehen die Herausforderungen und sind auf allen Handlungsfeldern aktiv. Aber die immer gleichen falschen Vorwürfe wollen wir nicht stehen lassen." So sei es falsch, wenn Aktivisten 250.000 Euro für Klimaschutzmaßnahmen den 500.000 Euro für Straßensanierung gegenüberstellten. Mädge: „Es ist nicht redlich, die 3,5 Millionen Euro, die wir in diesem Jahr für Radwege und Rad-Infrastruktur wie StadtRAD ausgeben, auszublenden."

In die gleiche Kerbe schlug Heiderose Schäfke, Geschäftsführerin der Lüneburger Wohnungsbau GmbH (LüWoBau), als sie im Ausschuss die Maßnahmen zur Klimaneutralität ihrer Gesellschaft vorstellte: „Wir betreiben Umweltschutz seit Jahren, haben aber zu wenig darüber geredet." Seit 2008 habe die Gesellschaft durch Investitionen in Höhe von 31 Millionen Euro rund 20 Prozent Kohlendioxid-Emissionen eingespart. Um dem Ziel der Klimaneutralität näherzukommen, möchte die LüWoBau auf die Erfahrungen anderer, größerer Wohnungsbaugesellschaften zurückgreifen, ist deshalb am 27. Januar der „Initiative Wohnen.2050" beigetreten. Schäfke sagte: „Wir sind auf dem Weg", mahnte aber: „Es macht keinen Sinn, wenn alle Häuser klimaneutral sind, aber so teuer, dass keiner mehr drin wohnen kann." Sie verwies darauf, dass „95 Prozent des LüWoBau-Bestandes wohngeldfähig sind" – also wahrhaftig erschwinglicher Wohnraum.

> **„Es macht keinen Sinn, wenn alle Häuser klimaneutral sind, aber so teuer, dass keiner mehr drin wohnen kann."**
>
> **Heiderose Schäfke**
> Geschäftsführerin LüWoBau

Einstimmig segnete der Ausschuss die Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt und Kreis zur Zusammenarbeit im Klimaschutzmanagement ab. Rainer Mencke (CDU): „Klimaschutz hört nicht an der Stadtgrenze auf. Dieser Vertrag ist eine Steilvorlage für eine ganz neue, vertrauensvolle Zusammenarbeit."

Einstimmig forderte der Ausschuss den Rat auf, künftig die Errichtung von Zisternen zum Auffangen von Regenwasser durch Privatleute zu fördern. Zisternen mit einem Volumen bis zu fünf Kubikmetern sollen mit 300 Euro bezuschusst werden, alle größeren mit 400 Euro.

Die Notwendigkeit einer solchen grundwasserschonenden Maßnahme hatte das Umweltdezernat der Stadt zuvor mit Zahlen belegt: Danach zählten die Jahre 2019/20 statistisch zwar bei weitem nicht zu den trockensten Jahren in Lüneburg. Aber hier täusche die Statistik. Weil etwa 2019 an 78 Tagen Trockenheit herrschte, die Gesamtniederschlagsbilanz aber durch einen Starkregentag mit 42 Millimeter Niederschlag nach oben korrigiert wurde. Bloß: Das meiste Naß dieses Tages floss einfach ab. Lehmböden etwa können nur etwa 4 mm Wasser pro Tag aufnehmen.

Sorgen von Bürgern, die neue Beleuchtung im Kurpark könnte sich als Todesfalle für Insekten entpuppen, zerstreute die Verwaltung. Auf Insektenfreundlichkeit der neuen Lampen wurde schon Wert gelegt, bevor der BUND einen entsprechenden Leitfaden veröffentlichte. Fachbereichsleiter Jürgen Kipke betonte: „Die neuen Lampen haben 82 Prozent weniger Anlockwirkung als die alten."

STADT WILL KEIN CAMP AUF MARIENPLATZ

OVG muss entscheiden

Die Stadt Lüneburg will die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Lüneburg nicht hinnehmen, wonach sie ein Klima-Protestcamp auf dem Marienplatz in Sichtweite des Rathauses zulassen soll. Oberbürgermeister Ulrich Mädge sagte: „Wir ziehen vor das Oberverwaltungsgericht. Wir müssen auch die Interessen der älteren Mitbürger wahren, die den Parkplatz dort nutzen, um den Wochenmarkt erreichen zu können." Das Verwaltungsgericht hatte entschieden, dass die Versammlungsfreiheit der Klimaschützer schwerer wiege als die Einschränkung der Parkmöglichkeiten.

Hinweis:
Die LZ hat ihre Rechte an die Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG abgetreten.